

Pressemitteilung Junge Union Rostock vom 11.03.2021 Mehr Geld für Wahlhelfer / Vorbeugung Wahlbetrug

Die Junge Union Rostock (JU) ruft seine Mitglieder und alle Rostocker dazu auf, sich schon jetzt bei der Stadtverwaltung als freiwillige Wahlhelfer anzumelden.

Nach Recherchen der CDU-Nachwuchsorganisation wird es aufgrund der Pandemielage bei den Bundes- und Landtagswahlen im September auch in Rostock verstärkt zur Inanspruchnahme des Briefwahlrechtes kommen.

Anstelle von persönlich abgegebenen Stimmen bergen Briefwahlstimmen mehr Potenzial für Intransparenz, Fehler oder vereinzelt gar für Wahlbetrug.

In anderen Bundesländern und Städten wurden in der Vergangenheit immer wieder Pannen bezüglich der Stimmenauszählung bekannt.

Laut Meldungen der Kreiswahlleitung Rostock, ist es seit der Wende in den Rostocker Bundestagswahlkreisen noch nie zu einer erneuten Überprüfung der archivierten Stimmzettel gekommen.

"Dies kann einerseits bedeuten, dass es in Rostock noch nie Pannen gegeben hat. Aber es kann ebensogut bedeuten, dass vorhandene Unstimmigkeiten einfach nie an die Kreiswahlleitung gemeldet wurden. Schlupflöcher für versehentliche oder auch absichtliche Fehler gibt es da in den einzelnen Wahlbezirken schon. Das weiß ich aus meiner eigenen Zeit als ehrenamtlicher Wahlhelfer." sagte der Vorsitzende der Rostocker Jungen Union, Karl Raeuber.

Da in diesem Jahr ein Anstieg an Briefwahlstimmen und damit einhergehend, ein höheres Fehlerpotenzial zu erwarten ist, braucht man aus Sicht der Jungen Christdemokraten folglich auch ein Plus an ehrenamtlichen Wahlhelfern.

Zudem sollte ein gesunder Mix an Wahlhelfern aus unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlichen Parteipräferenzen vorhanden sein. Solch ein gesunder Mix lässt sich nur gewährleisten, wenn möglichst viele Wahlhelfer und ein Maximum an gegenseitiger Kontrolle vorhanden ist.

"Wir appellieren an alle Bürger der Stadt, unsere Demokratie zu stärken und sich schon jetzt freiwillig als Wahlhelfer anzumelden!

Als zusätzlichen Ansporn fordern wir die Stadtverwaltung dazu auf, jedem ehrenamtlichen Wahlhelfer eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,- € zu überweisen." forderte Karl Raeuber abschließend.